



PRESSEMITTEILUNG

SEENOTRETTUNGSSCHIFF IUVENTA VON
JUGEND RETTET E.V. BLEIBT BESCHLAGNAHMT

JUGEND RETTET

PHILIPP KÜLKER

+49 178 9019721

ISABEL GRAHN

+49 176 24002535

Berlin, 24.4.2108 Kassationsgericht in Rom lehnt Einspruch gegen Beschlagnahme der IUVENTA vom Jugend Rettet e.V. ab. Trotz ausbleibender Beweise für die Vorwürfe gegen die Organisation und hohen Todeszahlen auf der zentralen Mittelmeerroute fehlt die IUVENTA nun weiterhin im Einsatzgebiet.

Die Erste Strafkammer des Kassationsgerichts hat dem Einspruch von Jugend Rettet nicht stattgegeben und somit gegen eine unmittelbare Aufhebung der Beschlagnahme der IUVENTA entschieden. Eine genauere Begründung der Entscheidung steht derzeit noch aus.

Am 02. August 2017 wurde das Seenotrettungsschiff IUVENTA im Hafen von Lampedusa auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Trapani, Sizilien, festgesetzt und präventiv beschlagnahmt. Jugend Rettet hatte zunächst bei dem zuständigen Gericht in Trapani Einspruch gegen die Maßnahme eingelegt. Jedoch wurde dieser durch das dortige Gericht abgelehnt, woraufhin die Organisation vor der nächsthöheren Instanz, dem Kassationsgericht in Rom, Widerspruch einlegte.

„Dass heute, nach monatelangem Warten und einer für alle UnterstützerInnen des Vereins strapaziösen Zeit, gegen die Freigabe der IUVENTA entschieden wurde, bestürzt uns zutiefst.“ sagte Sophie Tadeus, Vorstandsmitglied von Jugend Rettet, am Montag in Berlin. „Die Situation die, jetzt erst recht, an David gegen Goliath erinnert, bedeutet für den Verein zukünftig eine gewaltige Herausforderung. Wir sehen den Fall als klar politisch motiviert: Nach Ansicht Jugend Rettets wird die Rechtsstaatlichkeit vor dem Hintergrund der nachweislich haltlosen Vorwürfe auf eine harte Probe gestellt. Hierbei gerät in Vergessenheit, dass exemplarisch am Fall der IUVENTA Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft zur Disposition stehen: das Recht auf Flucht, auf Sicherheit und Leben, sowie die Wahrung der Menschenwürde. Der Kampf um diese Werte dient uns an diesem Tag als Motor und Motivation, mit unserer Arbeit weiterzumachen.“

Aufgabe des Vereins wird es nun zum einen sein, weitere juristische Schritte abzuwägen und gegebenenfalls einzuleiten. So wurde bereits Kontakt zu Anwalt*innen für Menschenrechte aufgenommen, um eine mögliche Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu evaluieren.

Des weiteren stehen mögliche Optionen zur Rückkehr ins Operative sowie im Bereich der politischen Arbeit zur Diskussion, die vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen weiter verfolgt werden.

„Die Tatsache, dass die IUVENTA mittlerweile über 8 Monate aus ihrem Einsatzgebiet abgezogen wurde und die italienischen Behörden auch heute nicht eingelenkt haben, ist ein Skandal. Die Zahl der Toten, die nur marginal geringer ist als 2017, spricht für sich und sollte PolitikerInnen und BürgerInnen stark zu denken geben. Besonders hinsichtlich der Kooperation mit der sogenannten libyschen Küstenwache und somit der aktiven Teilnahme an der Rückweisung von MigrantInnen nach Libyen, sehen wir die europäische Migrationspolitik sehr kritisch. Flüchtende Menschen werden wissentlich in untragbare Zustände in ein Bürgerkriegsland zurückgeschickt, in dem systematisch fundamentale Menschenrechte verletzt werden. Hieraus ergibt sich trotz der Repressalien für uns die unbedingte Notwendigkeit, weiterhin gegen die Missstände vor Ort vorzugehen und für die Rechte der Menschen auf der Flucht einzustehen.“ so Philipp Külker, Sprecher der Organisation.